Der globale Wettbewerb um Märkte und Ressourcen

Erstmals seit 2008 befassten sich die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat am 19./20.12.2013 mit dem Schwerpunkt EU-Militarisierung (im Sprachjargon „Sicherheit und Verteidigung"). Weitgehend unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit wurde dabei beschlossen, die militärische Zusammenarbeit in Europa weiter zu verdichten.

Markus Pühringer bat den gebürtigen Linzer Friedensforscher Thomas Roithner zum Gespräch.

Was haben die Staats- und Regierungschefs im Dezember wirklich beschlossen?
Die EU will die Wirksamkeit und Wahrnehmung der GSVP – die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik – erhöhen und die Rüstungsindustrie stärken. Dafür hat die EU eine Reihe von Strategien und Instrumenten benannt bzw. will diese ausbauen. Cyberabwehr, eine maritime EU-Strategie, Energiesicherheit, ferngesteuerte Flugsysteme oder Satellitenkommunikation sind nur einige Stichwörter. All das deutet nicht auf eine Prioritätenverschiebung, sondern auf eine Verstärkung des Militärischen hin. Zu den explizit zivilen Möglichkeiten gibt es im Papier nur einen Punkt mit exakt 37 Wörtern und 4 Satzzeichen.

Ein wichtiger Punkt des Gipfels ist die Rüstungsindustrie. Man argumentiert angesichts der sozialen Verwerfungen in den EU-Staaten, dass die Rüstungsindustrie Wachstum und Beschäftigung schafft. Das Credo heißt globale Wettbewerbsfähigkeit, also u.a. Rüstungsexporte. Auch die zivile Forschung soll vor den Karren gespannt werden. Das Wort „Rüstung" findet man im Gipfeldokument übrigens nicht ein einziges Mal. Die Rüstungsindustrie heißt nun European Defence Technological and Industrial Base (EDTIB). Klingt doch gut? Wer nichts weiß, muss alles glauben ...

Wichtig ist für das neutrale Österreich auch, dass die GSVP „in vollständiger Komplementarität mit der NATO" weiterentwickelt wird. Wohlgemerkt mit einer NATO, die heute eine einzige Baustelle mit unzureichenden Instrumenten für noch dazu falschen Aufgaben ist. Da haben sich die Transatlantik-Hardliner wieder durchgesetzt.

Die EU will anlässlich des EU-Rates die öffentliche Wahrnehmung für die Sicherheitspolitik verbessern. Ich freue mich (lacht), mit diesem Gespräch einen konstruktiven Beitrag dazu zu leisten.

Ist die Europäische Union auf dem Weg zu einer militärischen Supermacht?
Aus einer wissenschaftlichen Sicht muss ich mir das Umfeld ansehen. Wenn ich innerhalb der EU die potenziellen und leider vielfach ungenützten sicherheitspolitischen Möglichkeiten betrachte, eine nach außen gerichtete zivile Politik zu betreiben und diese in Relation zu den militärischen vorhandenen Kapazitäten ansehe, dann ganz zweifellos mehr Militärmacht als Zivilmacht.

Global findet sich die EU – und die Marinepräsenz am Horn von Afrika ist nur ein Ausdruck davon – in einem geoökonomischen und geopolitischen Wettbewerb mit den USA, China, Russland, Indien und anderen Akteuren. Hier will die EU im Ringen um Märkte, Ressourcen und letztlich auch um die Definitionsmacht über die Normen in der internationalen Politik den Weltmachtanspruch auch militärisch unterstreichen.

> „Wenn's drauf ankommt, gibt es im Wesentlichen nur eine Antwort: Truppen, Truppen, Truppen. Und Truppen, damit die dortigen Truppen nach den Interessen der EU-Truppen funktionieren."

Rund 70 % des gesamten von der EU seit 2003 entsendeten Personals sind Militärs. Etwa 30 % – und davon einige Militärs in Zivil – sind zivile Einsatzkapazitäten. Wobei die EU unter dem Begriff „Zivil" eigentlich zumeist Polizei versteht. Wenn's drauf ankommt, gibt es im Wesentlichen nur eine Antwort: Truppen, Truppen, Truppen. Und Truppen, damit die dortigen Truppen nach den Interessen der EU-Truppen funktionieren.

Gleichzeitig – und auch dies ist beim Gipfel im Dezember vorhergekehrt worden – will die EU einen kohärenten Ansatz verfolgen. Verschiedene Maßnahmen – ob Diplomatie, Handel, Finanzen, Entwicklung oder Justiz – sollen in eine Richtung ziehen. Wir konnten ja vielfach beobachten, wie sich EU-Entwicklungs- und Agrarinteressen als unvereinbar erwiesen haben. Ob

dieser nun verfolgte „kohärente Ansatz" ein ziviler ist, darüber muss eine öffentliche Debatte stattfinden.

Welche Kräfte treiben die Militarisierung der EU weiter voran? Wer sind die BremserInnen?
Die Schlussfolgerungen des EU-Rates basieren auf Einstimmigkeit. Kein EU-Staat hat ein Veto erhoben. Auch im EU-Parlament sind alternative und auf die gewaltfreie Gestaltung der Außenbeziehung bedachte Stimmen eine Minderheitenansicht. Tja, wer bremst? Das sind ironischerweise einerseits die großen EU-Staaten mit ihren nationalen Interessen, z.B. weil sie eine starke Rüstungsindustrie oder eine intensive Bindung an die USA haben. Zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland passt mehr als nur ein Blatt Papier. Andererseits gibt es auch ein breites alternatives Spektrum aus Zivilgesellschaft, Teile der Gewerkschaften, kleinere Medien, WissenschafterInnen oder auch im EU-Parlament befindliche kleinere Parteien. Darum soll man auch als KritikerIn des sicherheitspolitischen Kurses zur EU-Wahl gehen.

Eng verbunden mit der Militarisierung ist die Idee eines „Kerneuropas": Demnach sollen die ökonomisch und militärisch starken Staaten noch enger kooperieren. Welche Entwicklungen kannst du in diesem Zusammenhang feststellen?
Die „Kerneuropa"-Karte wird ausgespielt, um den Integrationsinteressen wichtiger EU-Staaten – wir sprechen in der Regel von Deutschland und Frankreich – nichts entgegenzustellen. Kerneuropamodelle gibt es nicht nur beim Euro oder beim Schengener Abkommen, sondern auch in der Rüstungs- und Sicherheitspolitik. Fähige und Willige können auf Basis eines einstimmigen Beschlusses militärisch intervenieren. Die anderen Staaten außerhalb des Kerns stellen keine Truppen, zahlen aber für bestimmte Dinge mit. Die Kriterien für ein Mitmachen beim Kerneuropa-Konzept definieren sich ausschließlich militärisch. Wenn Militärinterventionen noch leichter durchsetzbar werden, werden Weiterentwicklung und Einsatz ziviler Instrumente noch mehr marginalisiert. Außerdem baut sich in der ohnehin schon sehr demokratiefernen Sicherheitspolitik eine weitere Distanz zu den BürgerInnen auf.

Die Europäische Union bezeichnet sich selbst ja gerne als "Friedensprojekt" und hat für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte im Jahr 2012 sogar den Friedensnobelpreis bekommen. Was wäre nötig, damit die EU einer solchen Auszeichnung auch gerecht wird?
Die Problematik ist, dass wir uns ständig über das so genannte „letzte Mittel" Gedanken machen und hier viel Geld investieren. Nämlich in Waffengewalt. Stattdessen sollten wir uns in der EU endlich mehr Gedanken darüber machen, die Instrumente des zivilen Krisenmanagements und der zivilen Krisenprävention weiterzuentwickeln, zu trainieren und effektiver zum Einsatz zu bringen. Die Zivilgesellschaft kann hier ganz wichtige Erfahrungen einbringen. Da könnte auch ein Kern von EU-Staaten vorangehen, was leider nicht passiert. Hier engagieren wir uns in Schlaining für eine Prioritätenverschiebung zwischen Militär und den unterschiedlichen zivilen Ansätzen. Nur so können wir künftig Situationen verhindern, wo es am Ende nur noch ein Dreinschlagen gibt.

Thomas Roithner ist Forschungsdirektor am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) auf der Friedensburg Schlaining und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Das ÖSFK ist Teil des Conflict – Peace – Democracy – Clusters

Buchtipp

Thomas Roithner, Johann Frank, Eva Huber (Hsg.):
Werte, Waffen, Wirtschaftsmacht. Wohin steuert die EU-Friedens- und Sicherheitspolitik?
Lit-Verlag, Wien – Berlin 2014,
200 Seiten, € 9,80

pax

März 2014

Zeitschrift der Friedensbewegung Pax Christi Österreich

Statement von Pax Christi International
Es ist Zeit, die Zentralafrikanische Republik wieder aufzubauen
Seite 3

St. Georgen/Gusen: Beispielhafte Gedenkarbeit
KZ-Opfer weiter verdrängen und totschweigen?
Seite 6-7

Der globale Wettbewerb um Märkte und Ressourcen

Friedensforscher Thomas Roithner zur Militarisierung der EU und ihre Alternativen: S. 4-5

Thomas Roithner